

## Kapitel 3: Fortschritt gestalten



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller\*in: BAG DigiMe  
Beschlussdatum: 07.10.2020

### Änderungsantrag zu GSP.F-01

**Von Zeile 151 bis 152 einfügen:**

(neu vor 164) Eine Militarisierung des Netzes lehnen wir ab. Gerade im Digitalen gilt: Verteidigung ist die beste Verteidigung. Sicherheitslücken betrachten wir als Grundlage für digitale Waffen und wollen daher den Handel mit diesen verbieten sowie eine Meldepflicht einführen. Instrumente wie digitale Gegenschläge („Hackback“) oder andere offensive Mittel dürfen auch durch staatliche Stellen nicht verwendet werden. Dafür setzen wir uns auch international ein. (164) Der Innovationsstandort Europa soll im globalen Kontext gestärkt und ausreichend

### Begründung

Sicherheitslücken in IT-Systemen ermöglichen Kriminellen Angriffe. Diese nicht zu schließen, sondern Wissen über Sicherheitslücken für einzelne offensive militärische Operationen zurückzuhalten, gefährdet Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und ebenso die IT-Systeme des Staates. Statt eines Handels mit Sicherheitslücken, von dem Kriminelle profitieren, sollen Sicherheitslücken gemeldet werden. Dies ermöglicht es den Herstellern bzw. der Open-Source-Gemeinde, diese zu schließen und IT-Systeme defensiv zu stärken. Mehr dazu bspw. unter <https://netzpolitik.org/2019/geheimes-bundestagsgutachten-attackiert-hackback-plaene-der-bundesregierung/>